

# Beilage zum Hohenstein-Grüßthaler Anzeiger

Tagblatt.

Nr. 50.

Samstag, den 1. März 1914.

41. Jahrgang

## Die Wehrsteuer in Sachsen.

Das Ergebnis der Wehrsteuer, die im Verein mit dem Generalpardon in manchen Teilen Deutschlands geradezu als finanzielle Wülfelruthe gewirkt hat, wird, wie die „Tägl. Rundsch.“ aus vorzüglich unterrichteter Quelle erfährt, in den maßgebenden Kreisen Sachsens nicht mit allzu großen Hoffnungen erwartet. Soweit sich bis jetzt übersehen lassen, hätten sich keine so überraschenden Abweichungen ergeben wie anderswo. Das sei leicht erklärlich, denn die Technik der Einkommen- und Vermögensschätzung sei in Sachsen in den letzten dreißig Jahren seit Bestehen des gegenwärtigen Steuerrechts so vorzüglich ausgebildet worden, daß nicht mehr viel gemogelt werden konnte, wemgleich es natürlich noch eine ganze Anzahl Sünden gebe, die Jahre hindurch ihren Mannern zu verheimlichen verstanden haben. Vor allem werde für die Landessteuer nicht viel herauspringen. Selbst wenn, was kaum anzunehmen sei, in Sachsen 100 Millionen Kapitalvermögen durch den Generalpardon neu aufgedeckt werden sollten, wäre das Ergebnis für die Landessteuern recht unbedeutend. Es würde sich ein Mehr an Vermögenssteuer von 50 000 Mark jährlich ergeben, außerdem ein Mehr von 160 000 Mark an Staatseinkommensteuern, im ganzen also 210 000 Mark. Berücksichtigt man, daß der Ertrag beider Steuern im Reichs-Staatshaushaltsplan für 1914/15 mit 79,6 Millionen jährlich angesetzt ist, so sieht man, daß die 200 000 Mark nur eine geringe Rolle spielen können, zumal man nicht vergessen darf, daß die Nachzahlungen und Strafen für Steuerhinterziehungen, die immerhin in manchen Jahren eine recht beträchtliche Höhe erreichten, infolge des Generalpardons fortfallen. Das aber mehr als 100 Millionen neu aufgedeckt werden können, gilt als sehr unwahrscheinlich. Bedenkt man endlich, daß die Vermögen sich infolge der Wehrsteuer verringern, so wird sogar vielleicht ein Minderertrag bei Erhebung der Landessteuern in den kommenden Jahren die Folge sein, mindestens aber eine Verlangsamung in dem bisher ständigen Anstieg der Steuererträge.

## Deutscher Reichstag.

223. Sitzung vom 27. Februar.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst eine kurze Anfrage des Abg. Meil (Soz.) über die Erkrankungen beim Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigsburg. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Anfrage später beantwortet werden wird.  
Darauf wird die zweite Lesung des Etats

## Um hohen Preis.

Roman von Fred. M. White.  
Deutsch von Ludwig Wechsler.  
48. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

31.  
Hier war ein Zweifel nicht möglich und Wilfried brauchte seiner Gefährtin bloß ins Gesicht zu sehen, um zu bemerken, daß sie sich über das Vorgefallene vollkommen im klaren befände. Er hatte unter den Papieren ihres Onkels nach dem kompromittierenden Dokument gemüht und hielt es jetzt fogar in der Hand. Was hätte er wohl damit angefangen, wenn Beatrice nicht erschienen wäre? Hätte er der Versuchung nachgegeben oder nicht? Wilfried vermochte es nicht zu sagen. Wohl trachtete er sich selbst zu überzeugen, daß er der Versuchung nicht erliegen würde; allein das war gar nicht so ausgemacht, wie er sich im nächsten Moment schamerfüllt selbst gestand. Statt er doch ein paar Sekunden lang ein Vorgehen zu rechtfertigen getrachtet, das ganz entgegengesetzt unehrenhaft zu nennen war. Wäre er vor Beatrice auf die Knie gesunken, um ihr ein rückhaltloses Geständnis abzulegen, er würde ihr damit nicht mehr gesagt haben, als sie bereits mußte.  
Er blinzelte ihr ins Auge, um sich zu überzeugen, ob sie noch etwas Sympathie für ihn hege; allein ihre Miene war kalt und ernst, und ihre Lippen waren zusammengepreßt, wie er das noch niemals an ihr wahrgenommen. Er mußte ja nicht, wie gekränkt und enttäuscht sie war. Was immer geschah, sie konnte seine Demütigung nicht mehr vergrößern.  
„Sie wünschen, ich soll gehen,“ stammelte er.  
„Wäre das nicht das Beste?“ fragte sie zornig. „Ist es nicht ein Jammer, daß Sie überhaupt ins Haus kamen?“  
„Vielleicht,“ gab Wilfried zu, der sich nicht ohne Gegenwehr ergeben wollte. „Doch wenn uns der Zufall nicht wieder zusammengeführt hätte, so läge Samuel Flower bereits im

Grabe. Und wären wir nicht von neuem zusammengekommen, so wäre ich vor einem Feinde geschützt geblieben, der kein anderes Bestreben kennt, als mich zugrunde zu richten. Ich hätte Sie im gegebenen Moment aufgeführt und ...“

„Er stotzte, zu spät bemerkend, daß er zu weit gegangen sei. Er sah, daß sich die bleichen Wangen des Mädchens wieder röteten; allein der harte Ausdruck um ihre Lippen wollte nicht schwinden.  
„Nähren Sie fort,“ forderte sie ihn auf. „Was wollten Sie sagen?“  
„... wäre Zeit meines Lebens glücklich gewesen,“ erregte Wilfried herausfordernd. „Sie denken, ich habe heute etwas Unrechtes getan. Möglich. Ich wünsche Ihnen, Sie mögen niemals in eine Versuchung geraten, wie sie in der letzten halben Stunde an mich herantrat. Aber Ihnen fehlt natürlich das Verständnis für diese Dinge. Wie sollten Sie bei Ihren Ansichten und Ihrer Erziehung für Leute, die in eine namenlos bedrückte Lage geraten sind, auch nur die geringste Rücksicht aufbringen? Ach, lassen Sie doch die Wörterin; sie kann schon noch ein paar Minuten warten. Bin ich einmal so weit gegangen, so muß ich auch vollenenden, und Sie sollen, ob zuwillig oder nicht, alles hören, was ich zu sagen habe. Diese Gerechtigkeit müssen Sie mir wenigstens noch widerfahren lassen.“

Beatrice zögerte sichtlich. Wilfrieds Stimme hatte einen leidenschaftlichen Klang, seine Worte schienen erlich gemeint. Es schien fast unmöglich, daß ein Mann von erprobter Rechtschaffenheit einen gemeinen Diebstahl begehen sollte. Doch das Zögern würde nicht lange, und Beatrice wandte sich ab.  
„Welchen Zweck hätte das?“ rief sie aus. „Was nützt es, auch wenn ich Sie anhöre? Zudem ist Zeit und Ort für ein Geständnis sehr schlecht gewählt.“

„Ein Geständnis!“ wiederholte Wilfried zornig. „Ich hatte durchaus nicht die Absicht, Ihnen ein Geständnis abzulegen. ... Doch

Minister v. Freitenbach: Alle Fragen werden sorgfältig geprüft. Eine Verlängerung der Arbeiterfahrarten über 50 Kilometer hinaus empfiehlt sich nicht. Es ist wirtschaftlicher, wenn ein höherer Top bei den Eisenbahnwagen verwendet wird als der 10 Tonnen-Top. Eine Absich, die Tarife allgemein zu erhöhen, besteht zurzeit nicht. Die Frage ist sehr ernst, wenn man bedenkt, daß fast alle unsere Nachbarländer mit einer Tarifserhöhung vorgegangen sind. Unsere wirtschaftliche Entwicklung hat das bisher unmöglich gemacht. Wir können mit einer Stabilität der Rente der Eisenbahnen in weit höherem Maße rechnen als andere Länder. Wenn man aber Wert darauf legt, daß unsere Eisenbahntarife stabil sind und nicht erhöht werden, dann muß man der Verwaltung auch die Möglichkeit geben, alle wirtschaftlichen Vorteile auszunutzen, ohne daß die Allgemeinheit darunter Schaden leidet. Dazu gehört in erster Linie ein einheitlicher Wagenpark. Alle deutschen Eisenbahnen haben im letzten Jahre bezüglich der Dienst- und Reisezeiten einen gewaltigen Schritt vorwärts getan. Das macht eine Gesamtverlängerung von 25 Millionen aus. Bei geringerer Verkehr oder beim Niedergang der Konjunktur wird kein Arbeiter entlassen. In den großen

Dienststellen hat jeder Eisenbahnarbeiter eine starke Sicherheit. Die Vorteile sind so groß, daß wir immer ein erhebliches Ueberangeot an Arbeitern haben, die wir nicht unterbringen können; im Jahre 1913 betrug es 50 Prozent. Die Verwaltung sorgt so gut, daß ein Zentralarbeitsausschuß nicht fegezeicher wirken könnte.

Abg. Werner (Wirtsch. Bgg.): Die Neuordnung der Dienst- und Ruhezeit hat trotz dankenswerter Verbesserungen auch manche Härten gebracht, die nicht sozial und nicht im Sinne der kaiserlichen Vorkasse wirken. Ein Reichsgesetz muß die Angelegenheit regeln. Die Bestimmungen müssen verschwinden. Jedner geht ausschließlich auf die Wünsche der einzelnen Beamtenkategorien ein.

Abg. Saegy (Elf.): Selbst wir Nationalisten sind mit Preußen ganz einverstanden, daß es zweckmäßig ist, wenn die einzelnen Bundesstaaten ihre Bahnen vollständig verwalten. Der Minister meint zwar, Elsaß-Lothringen würde mit den Reichseisenbahnen ein schlechtes Geschäft machen. Aber wir lassen uns nicht bange machen. Wir würden vielleicht etwas sparsamer wirtschaften und die Bahnen nicht bloß nach strategischen Rücksichten bauen, im ganzen aber doch die Bedürfnisse der Bevölkerung besser befriedigen. Beamtenausschüsse halte ich entgegen dem Minister doch für sehr wünschenswert.

Minister v. Freitenbach: Von einer Weisung, Elsaß nicht in der Eisenbahnverwaltung zu verwenden, ist mir nichts bekannt. Im Gegenteil, die Elsaßer und die im Elsaß geborenen Mitdeutschen werden in wachsendem Maße in der Eisenbahnverwaltung verwendet, und es sind jetzt mehr als 60 Prozent Elsaßer darin tätig. Die Beschwerden der Beamenschaft können wir nur im Verwaltungswege beseitigen. Die Verwaltung hat das Wohl der Beamenschaft dauernd im Auge. Wenn aber hier ihre Maßnahmen fortgesetzt scharf kritisiert werden, so wird das Personal von einem nicht zu beseitigenden Mißtrauen gegen die Verwaltung ergriffen. Man sollte daher bei der Kritik auch die guten Seiten unserer Maßnahmen mehr herausstellen. Mit der neuen Lohnordnung werden die Verhältnisse der gesamten Arbeiterschaft nach der grundsätzlichen Seite hin geregelt. Wir können mit großer Genugtuung feststellen, daß unser Vorgehen auf das lebhafteste bei der Arbeiterschaft Anerkennung findet.

Auf Ausführungen der Abg. Veitros (Soz.) und Schirmer (Str.) erklärt sich Minister v. Freitenbach gegen ein Staatsarbeiterrecht. Daß die wohlwollenden Maßnahmen der Regierung von Staatsarbeitern

ungehörig kritisiert werden, werde sich keine Verwaltung gefallen lassen.

Nach Ausführungen der Abg. Nicker (natl.) und Kiel (Wpt.) vertagte das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend.

## Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.

20. Sitzung vom 27. Februar.

Präsident Graf Bismarck von G. eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.  
Nach Berichten des Grafen zur Lippe und Dr. Veder bewilligte man in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer eine Million Mark zum Ausbau des Bahnhofs Meissen und 349 000 Mark zum Ausbau des Bahnhofs Ebersbach und erklärte sich auch mit dem Ausbau der Strecke Zeitz-Darthenstein-Wiesenburg einverstanden.  
Einige weitere Petitionen unwesentlichen Inhalts ließ man auf sich beruhen.  
Nächste Sitzung: Mittwoch, 4. März. Tagesordnung: Etatkapitel und Petitionen.

Zweite Kammer.

53. Sitzung vom 27. Februar.

Das Haus ist mäßig besetzt; der Tribünenbeuch schwach.  
Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Eisenbahnangelegenheiten.

Nach den Berichten der Abg. Wittig (konf.), Knobloch (konf.) und Müller-Neuschönefeld (Soz.) bewilligte man auf den Außerordentlichen Etat 2 750 000 Mark zum viergleisigen Ausbau der Bahn zwischen Dresden-Altstadt und Postchappel, 1 300 000 Mark als erste Rate zur Verbesserung der Güterverkehrsanlagen in Dresden-Altstadt und 850 000 Mark als erste Rate für die Erweiterung des Bahnhofs Altenburg.

Bei diesem Punkte wendet sich der Finanzminister v. Sebedewitz gegen die vorgeschlagen im Reichstage vom Präsidenten des Reichseisenbahnamtes v. Waterszapf getane Neuerung, nach der die Leistungsfähigkeit der sächsischen Linie nach München geringer sein sollte, als die der Linie über Prag. Er möchte feststellen, daß das keineswegs der Fall sei. Wohl habe die Strecke durch Sachsen eine größere Anzahl Stationen, die auch bei Schnellzügen nicht ohne weiteres ausgeschaltet werden könnten; aber die Schnellzüge liefen auch in Sachsen nicht sehr oft. Die Expresszüge Neapel-Berlin zum Beispiel hielten auf der Strecke über Sachsen nur in Hof und Leipzig. Es sei doch bezeichnend, daß gerade die Züge durch Sachsen geleitet würden. Dabei habe die

Crefelder Seidenhaus Chemnitz, Ecke Post- u. Kronenstr. und Kleiderbesätze. Modernes Spezialhaus für Seidenstoffe. Spezialität: Brautselden